



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

4/2006

24.04.2006, 12. Jahrgang

Johannes Stephan
Editorial

Peter Haug

Wie gut sind die deutschen Wasserversorger?
Einige kritische Anmerkungen zum
„Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft“
– ein Kommentar

Martina Kämpfe

Perspektiven für Rußlands Wirtschaft
liegen in der Stärkung des Reformkurses

Cornelia Lang

Die Arbeitszeitgestaltung in der EU
aus Sicht der Beschäftigten:
Ergebnisse des ad hoc labour market surveys

Udo Ludwig

VGR – Revision attestiert
den neuen Bundesländern stärkeres Wachstum
der Produktion

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im März 2006



Editorial

In Europa erhöht sich erneut der Fusionsdruck, zuletzt auch wieder im Energiesektor: Die deutsche EON will die spanische ENDESA übernehmen, die italienische ENEL hat ein Übernahmeangebot für die französische SUEZ abgegeben. In beiden Fällen aber haben die Regierungen der betroffenen Länder interveniert – mit Hinweis auf ihre Präferenz nationaler gegenüber europäischer Lösungen. Zeichnet sich hier ökonomischer Nationalismus ab?

Nationale Energieversorger in Europa müssen bisher kaum Wettbewerb um Kunden fürchten: Viele beherrschen als Monopolisten ihre nationalen oder regionalen Märkte, ohne durch grenzüberschreitende Konkurrenten bedrängt zu werden. Die jüngsten Interventionen gegen pan-europäische Fusionen zeigen, daß einige Länder die Strategie verfolgen, sogenannte „nationale Champions“ als Gegenmacht zu ausländischen Branchenriesen, wie sie sich bereits heute in Ländern wie beispielsweise China in Stellung bringen, aufzubauen. Aus entwicklungsökonomischen Erfahrungen ist jedoch abzuleiten, daß diese Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie sicher in ein wettbewerbliches Konzept eingebettet ist (siehe die „Japan-AG“ und die asiatischen Schwellenländer in der Nachkriegszeit). Eine weitere Besonderheit europäischer Elektrizitätsmärkte liegt in der Importabhängigkeit bei Rohstoffen. Gazprom, als mächtiger Nationalmonopolist des Gaslieferanten Rußland, kann den einzelnen europäischen Gasabnehmern die Vertragskonditionen weitgehend diktieren – und wie im Januar demonstriert – auch politisch motiviert kompromittieren. Daß Rußland in den Energieverhandlungen mit China keinen entsprechenden Ausbau der Energiegewinnung vorsieht, stimmt auch nachdenklich.

Solange die europäischen Elektrizitätsmärkte durch mangelnden Wettbewerb zwischen Versorgern und Dominanz sowie Versorgungsunsicherheit bei Rohstofflieferanten charakterisiert sind, besteht politischer Handlungsbedarf. Dieser ist jedoch nur überregional zu organisieren. Der Vorschlag der EU Kommission setzt richtigerweise bei diesen Bedingungen an: Er propagiert eine Intensivierung des Wettbewerbs zwischen Versorgern, insbesondere mittels Integration der Netze, und diskutiert Möglichkeiten, wie europäische Versorger ihre Verhandlungsmacht gegenüber internationalen Lieferanten bündeln können. Pan-europäische Fusionen können zu beiden Zielen einen Beitrag leisten. Sie erhöhen jedoch auch das Risiko, daß sich erneut, jetzt pan-europäisch, monopolistische Strukturen herausbilden. Der europäischen Wettbewerbspolitik gereicht es dann zur Aufgabe, den neuentstehenden Wettbewerb zu sichern.

*Johannes Stephan,
Leiter der Abteilung Industrie- und Regulierungsökonomik*

Kommentar

Wie gut sind die deutschen Wasserversorger? – Einige kritische Anmerkungen zum „Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft“*

Seit längerem bestehen in Deutschland Zweifel an der Effizienz des vorwiegend kommunalen Wasser- und Abwassersektors. Hinzu kommt, daß – zumindest hinsichtlich kaufmännischer Daten – keine amtlichen Erhebungen oder sonstigen allgemein zugänglichen Datenquellen für diesen Bereich existieren und somit die wasserwirtschaftlichen Verbände ein „Datenmonopol“ besitzen. Von verschiedenen Seiten, z. B. im sog. „Ewers-Gutachten“ aus dem Jahr 2001, wurde daher eine erhöhte Transparenz der Wasserwirtschaft als Anreiz zur Effizienzsteigerung angemahnt, insbesondere über obligatorische und öffentliche Leistungsvergleiche der Wasserversorger á la Niederlande.

Um nun die Kritiker von der Leistungsfähigkeit der deutschen Wasserwirtschaft zu überzeugen und gleichzeitig weitergehende Forderungen nach Offenlegung von Unternehmensdaten abzuwehren, legten sechs Verbände aus dem Trinkwasser- und Abwasserbereich, u. a. der Bundesverband der Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), am 8. März dieses Jahres erstmals ein „Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft“ vor. Nach dieser Studie müssen die Deutschen ein glückliches Volk sein, das Trinkwasser in höchster Qualität zu mehr als angemessenen Preisen bezieht, und dessen Abwasserreinigungsstandards in der Welt ihresgleichen suchen. Der Studie zufolge arbeitet die deutsche Wasserwirtschaft mit kaum mehr steigerungsfähiger Effizienz und die zahlreichen, auf Anonymität und Freiwilligkeit beruhenden Benchmarkingprojekte sind eine einzige Erfolgsgeschichte.

Wer aber von diesem Branchenbild differenziertere Informationen erwartet, wird enttäuscht. Die Studie enthält im wesentlichen Daten für Gesamtdeutschland, die so oder in ähnlicher Form schon in diversen BGW-Publikationen oder den Veröffentlichungen der statistischen Ämter erschienen sind. Problematisch ist, daß die Studie nicht nach Ost- und Westdeutschland differenziert, obwohl 15 Jahre nach der Wende noch immer signifikante Unterschiede z. B. beim Pro-Kopf-Verbrauch für Trinkwasser oder den Wasserverlusten bestehen.

Niemand wird bestreiten, daß in Deutschland die Trinkwasserqualität sowie die Versorgungssicherheit hoch sind, ebenso wie die Abwasserreinigungsstandards. Das Branchenbild gibt allerdings nicht darüber Aufschluß, ob diese hohen Standards wirklich nötig sind und falls ja, ob sie derzeit auch mit möglichst geringen Kosten erreicht werden.

Gleichzeitig offenbart die Studie eine gewisse Ignoranz bezüglich ökonomischer Zusammenhänge. So wird zwar auf die technischen und hygienischen Probleme für die öffentliche Wasserversorgung infolge des sich weiter verringernenden Pro-Kopf-Wasserverbrauchs hingewiesen, der mittlerweile zu den niedrigsten in den Industrieländern zählt. Ursachen dafür sind etwa der Einsatz wassersparender Haushaltsgeräte oder das Ausweichen auf Hausbrunnen und Regenwasser zur Brauchwassergewinnung, weshalb die Studie – völlig zu Recht – einer weiteren politisch motivierten Förderung des Wassersparens eine Absage erteilt. Daß dieser Rückgang der Nachfragemenge aber vor allem eine Reaktion auf den weltweit höchsten Wasserpreis in Deutschland sein könnte, wird nicht gesehen. Ebenso wenig werden Konsequenzen für eine Umgestaltung des Preissystems gezogen wie z. B. eine deutliche Erhöhung des (verbrauchsunabhängigen) Grundpreises bei entsprechender Absenkung des Mengenpreises, um Anreize zum Mehrverbrauch zu schaffen.

Um die Leistungsfähigkeit der deutschen Wasserwirtschaft zu belegen, verwendet die Studie primär technische Kennzahlen. Betriebliche Effizienz wird implizit mit Qualitätsmaximierung und Verlustminimierung gleichgesetzt. Daten zur Kosteneffizienz sucht der Leser dagegen vergeblich, ebenso wie Belege für die in der Studie unterstellte effizienzsteigernde Wirkung der zahlreichen aufgelisteten Benchmarkingprojekte.

* Das „Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2005“ kann auf den Internetseiten der beteiligten Verbände heruntergeladen werden, z. B. unter http://www.vku.de/vku/verbandsthemen/wasser/wasser_27.pdf

Dabei ist es betriebswirtschaftlich wenig überzeugend, Mineralwasserqualität für Leitungswasser anzustreben, insbesondere weil nur fünf Prozent des täglichen Wasserverbrauchs auf Trinken und Kochen entfallen. Wird einmal von den Vorgaben der Trinkwasserverordnung abgesehen, so dürfte es bei der Trinkwasseraufbereitung genügen, die mikrobiologische Belastung und die Schadstoffbelastung des Trinkwassers soweit – und nicht weiter – abzusenken, daß nach den WHO-Empfehlungen keine akuten Gesundheitsgefahren drohen.¹

Beim internationalen Vergleich der Wasserverlustraten, d. h. des Anteils der Wasserverluste am Gesamtwasseraufkommen, setzen sich die beteiligten Verbände über ihre sonst z. B. gegen internationale Wasserpreisvergleiche regelmäßig geäußerten Bedenken hinweg. Dabei ist die Wasserverlustrate ein äußerst problematischer Indikator, weil sie z. B. die international unterschiedliche Zahl der Kundenanschlüsse, Rohrlängenzängen etc. zur Versorgung eines Gebietes nicht berücksichtigt. Im speziell für betriebswirtschaftliche Effizienzanalysen von Wasserversorgern entwickelten Softwareprogramm Sigma, das auf dem Kennzahlensystem der International Water Association basiert, findet sich dieser Indikator daher nicht. Stattdessen werden entweder die Wasserverluste pro Kundenanschluß oder der sogenannte „Infrastructure Leakage Index“, d. h. das Verhältnis tatsächlicher Verluste zu technisch erreichbaren Minimalverlusten, verwendet.

Neben der mangelhaften internationalen Vergleichbarkeit kommt noch hinzu, daß das Ziel der Verlustminimierung ebenfalls betriebswirtschaftlich fragwürdig ist. Da Deutschland auch nach Ansicht der Verfasser des Branchenbilds ein wasserreiches Land ist, und Trinkwasser kein Giftstoff ist, werden Wasserverluste erst dann zum Problem, wenn sie z. B. zu Gebäudeschäden, Druckabfall oder Versorgungsunterbrechungen führen. Mit zunehmendem Grad der Verlustvermeidung steigen aber die Kosten der Verlustvermeidung überproportional an, während der Nutzensgewinn immer geringer wird. Die angegebene durchschnittliche Verlustrate von 7,3% für Deutschland kann daher schon erheblich unter der Effizienzgrenze liegen.

Weiterhin ist auf die behauptete Nicht-Subventionierung der Wasserwirtschaft in Deutschland einzugehen. Es ist zwar richtig, daß keine Subventionierung der laufenden Ausgaben stattfindet, wohl aber der Investitionen. So betrug beispielsweise der Fördermittelanteil zum Aufbau der Trinkwasserversorgung in Ostdeutschland teilweise 50% und mehr, ähnliches gilt zumindest für den Aufbau der Wasserversorgung in peripheren Gebieten Westdeutschlands. Konkrete Zahlen dazu sind allerdings nicht verfügbar. D. h., von dem angegebenen durchschnittlich acht Mrd. Euro Investitionsvolumen der Wasserwirtschaft pro Jahr ist möglicherweise ein nicht geringer Teil aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Außerdem gibt das reine Investitionsvolumen noch keine Auskunft über die betriebliche Notwendigkeit der Investitionen.

Schließlich findet sich in der Studie kein Hinweis auf die Frage nach der zukünftigen Rolle der Kommunen in der Wasserwirtschaft. Dies ist erstaunlich, weil es in den letzten Jahren verschiedene Versuche einer (teilweisen) Entkommunalisierung des Wassersektors gegeben hat. Die jeweiligen Effizienzvorteile der privaten bzw. der kommunalen Versorger müßten zumindest diskutiert werden, um ein Gesamtbild der Branche zu zeichnen.

Fazit: Mit diesem „Branchenbild“ hat sich die Wasserwirtschaft keinen Gefallen getan. Dabei wäre eine größere Transparenz auch im Interesse der Kommunen, die die Liberalisierungsdiskussion des Wassermarktes vom Tisch hätten, wenn die kommunalen Wasserversorger ihre größere Effizienz auch gegenüber der Öffentlichkeit belegen könnten. Dies gilt analog für die privaten Versorger, die auf diese Weise ebenfalls ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen könnten, um dadurch die latenten Vorbehalte bei den Bürgern gegen Privatisierungen abzubauen.

Peter.Haug@iwh-halle.de

¹ Besonders widersinnig ist in Deutschland, daß Trinkwasser nahezu klinisch rein gehalten werden soll, die kostspielig herausgefilterten Schadstoffe aber über eine Vielzahl anderer Quellen aufgenommen werden können. So darf Trinkwasser gemäß der Trinkwasserverordnung maximal 50 mg Nitrat und 0,1 mg Nitrit (Wasserwerksausgang) pro Liter enthalten, während z. B. Wurzelgemüse nach der Rückstands-Höchstmengenverordnung bis zu 3 000 mg Nitrat pro Kilogramm und gepökelte Fleischwaren nach der Zusatzstoff-Zulassungsverordnung bis zu 175 mg Natriumnitrit pro Kilogramm enthalten dürfen.

Perspektiven für Rußlands Wirtschaft liegen in der Stärkung des Reformkurses

– Kurzfassung –

Rußland zählt zu den wenigen Ländern, die seit einer Reihe von Jahren ein kräftiges Wirtschaftswachstum verzeichnen. Dafür ausschlaggebend sind allerdings nach wie vor weniger die Wirtschaftsreformen im Land selbst als vor allem günstige außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen, wie die Entwicklung der Nachfrage und der Preise für Öl und andere Rohstoffe auf den Weltmärkten. Seit einigen Jahren gehen auch von der Inlandsnachfrage kräftige Impulse für die Produktion aus: Der private Konsum und die Investitionen expandieren mit zweistelligen Zuwachsraten. Im Prognosezeitraum bleiben die wirtschaftlichen Aussichten insgesamt günstig. Die nach wie vor starke Abhängig-

keit der russischen Wirtschaft vom Energiesektor stellt jedoch längerfristig ein Risiko für eine stabile Wirtschaftsentwicklung dar. Die Politik ist sich dessen inzwischen zwar bewußt, so hat Wirtschaftsminister Gref ein mittelfristiges Entwicklungsprogramm vorgelegt, um die Wettbewerbsfähigkeit anderer Wirtschaftszweige zu fördern und den Strukturwandel voranzutreiben. Allerdings läßt die nur zögerliche Umsetzung des Programms durch konkrete Maßnahmen bislang noch keine ernsthaften Anstrengungen in dieser Richtung erkennen.

Martina Kämpfe (Seite 114)

Die Arbeitszeitgestaltung in der EU aus Sicht der Beschäftigten

– Kurzfassung –

Die EU-Osterweiterung im Mai 2004 hat zur Neuaufnahme von Staaten geführt, die hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur und ihres Entwicklungsstandes sehr heterogen sind. Ein Vergleich der „alten“ EU-Mitgliedsländer mit den Beitrittsländern zeigt, daß die Arbeitsmärkte der „neuen“ Länder – bedingt durch den hohen Anteil ehemals planwirtschaftlich organisierter Staaten in dieser Gruppe – zum Teil abweichende Befunde aufweisen. Ein zentrales Thema der hier vorgestellten Erhebung der Europäischen Kommission ist die Arbeitszeitgestaltung, ihre gegenwärtige Struktur und die Präferenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der erweiterten EU. Nach den vorliegenden Daten überwiegt für die Beschäftigten eine Arbeitszeitregelung von

35 bis 40 Wochenstunden, verteilt auf fünf Tage. Die Teilzeitbeschäftigung ist nach wie vor eine Domäne der Frauen, in den neuen Mitgliedsländern aber weniger stark verbreitet. Mit ihrer Arbeitszeitregelung sind die meisten Befragten zufrieden. Überstunden gehören für viele zum Arbeitsalltag, und flexible Arbeitszeiten würde die Mehrheit am liebsten durch Überstundenregelungen realisieren. In den Beitrittsländern wird derzeit länger als in den alten Mitgliedsländern gearbeitet, und die Arbeitnehmer sind auch in stärkerem Maße bereit, für den Job nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich flexibel zu sein, beispielsweise durch Pendeln.

Cornelia Lang (Seite 118)

VGR – Revision attestiert den neuen Bundesländern stärkeres Wachstum der Produktion

– Kurzfassung –

Nach der jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde in den neuen Bundesländern in den Jahren 2001 bis 2004 mehr produziert als bislang bekannt war. Das Niveau der Wertschöpfung wurde stärker als im gesamtdeutschen Durchschnitt angehoben, obwohl es bei einigen Wirtschaftsbereichen, wie dem Kredit- und Versicherungsgewerbe und der Wohnungsvermietung, zu einer Absenkung kam. Auch das Wachstumsbild hat sich geändert. Das Bruttoinlandspro-

dukt ist in den Jahren 2001 bis 2004 stärker gestiegen als zuvor berechnet worden war, darunter drei Jahre in Folge auch kräftiger als in den alten Bundesländern. Der Rückstand in der Pro-Kopf-Produktion wurde verringert. Allerdings kam dieser Prozeß wegen der Produktionsschwäche im Jahr 2005 – zumindest vorübergehend – wieder zum Erliegen.

Udo Ludwig (Seite 123)

Perspektiven für Rußlands Wirtschaft liegen in der Stärkung des Reformkurses

Rußland konnte in den letzten Jahren seine Stellung als strategischer Energieexporteur festigen. Für die Europäische Union ist Rußland ein wichtiger Lieferant von Rohöl; seine Rolle ist nach der EU-Osterweiterung noch gewachsen, da die Wirtschaften der meisten osteuropäischen EU-Mitgliedsländer traditionell eng mit Rußland verflochten sind. Für Deutschland ist Rußland wichtiger Absatzmarkt und der größte Primärenergieanbieter. Es bezieht über ein Drittel seines Öl- und Gasbedarfs von dort.²

Wirtschaft expandierte 2005 wiederum kräftig, wenn auch leicht gedämpft

Die russische Wirtschaft hat seit der Überwindung der Finanz- und Währungskrise im Jahre 1998 hohe jährliche Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich fünf bis sieben Prozent. Dafür sind vor allem günstige außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen wie die Entwicklung der Nachfrage und der Preise für Öl und andere Rohstoffe auf den Weltmärkten ausschlaggebend, weniger dagegen die Erfolge der Wirtschaftsreformen im Land selbst.

Seit einigen Jahren gehen auch von der Inlandsnachfrage kräftige Impulse für die Produktion aus. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind real stark gewachsen, was auf hohe Lohnsteigerungen, aber auch einen weiteren Anstieg der Renten und übrigen Transfereinkommen zurückging. In deren Gefolge legte der private Konsum zu. Der Einzelhandelsumsatz nahm kräftig zu, wobei der Umsatz von Nichtnahrungsmitteln überproportional anstieg.

Auch die Anlageinvestitionen expandieren seit einigen Jahren mit zweistelligen Zuwachsraten. Während vor allem die wachsende Produktion im Energie- und Rohstoffsektor über eine Verbesserung der terms of trade im vergangenen Jahrzehnt Investitionen nach sich zog, machen die Investitio-

nen außerhalb des Energiesektors nach wie vor nur etwa die Hälfte der Gesamtinvestitionen in der Wirtschaft aus. Die Investitionsquote ist in Rußland seit Jahren mit etwa 18% konstant und damit im Vergleich zu anderen Schwellenländern eher niedrig. Auch der Zufluß an ausländischen Direktinvestitionen ist in Rußland mit etwa sieben bis zehn Mrd. US-Dollar in den letzten Jahren immer noch gering.

Tabelle 1:
Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands in den Jahren 2004 bis 2007

	2004	2005	2006	2007
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Bruttoinlandsprodukt	7,2	6,4	6,0	6,5
Private Konsumausgaben	11,6	11,1	10,5	10,5
Staatskonsum	2,1	1,8	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	10,9	10,5	10,0	10,0
Exporte	11,9	5,6	5	9
Importe	22,5	16,2	15	12
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Verbraucherpreise	10,9	12,7	10,0	9,0
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>			
Arbeitslosenquote ^a	8,3	7,8	7,5	7,2

^a Arbeitslosenquote, ILO-Methode.

Quellen: Goskomstat; 2006 und 2007: Prognose des IWH.

Eine schwächere Entwicklung der realen Exporte und die gegenüber dem Vorjahr nur leicht verminderte Zunahme der Importe haben dazu geführt, dass der Außenbeitrag im vergangenen Jahr negativ zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beitrug.

Obgleich das Bruttoinlandsprodukt mit 6,4% im Gesamtjahr vergleichsweise kräftig gestiegen ist, hatte sich der Anstieg in den ersten Quartalen gegenüber dem Vorjahr verlangsamt.

² Das IWH hat auch früher schon die aktuelle Wirtschaftsentwicklung und den Stand der Reformen in Rußland untersucht, letztmalig im Jahr 2002. Vgl. IWH: Die wirtschaftliche Lage Russlands. Neunzehnter Bericht, in: IWH-Sonderheft 1/2002.

Tabelle 2:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg
des realen Bruttoinlandsprodukts 2001 bis 2005
- in Prozentpunkten -

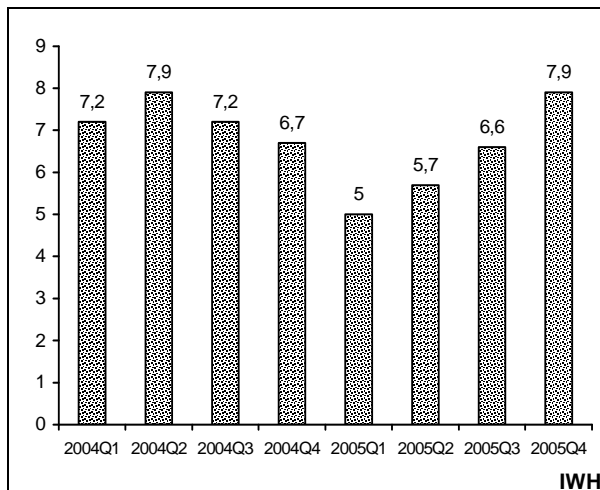
	2001	2002	2003	2004	2005
Private Konsumausgaben	4,6	4,5	3,7	5,5	5,7
Staatskonsum	-0,1	0,5	0,4	0,3	0,3
Anlageinvestitionen	1,9	0,5	2,3	2	1,9
Vorratsveränderung	1,5	-1	0,7	0,8	0,1
Außenbeitrag	-2,8	0,2	0,2	-1,4	-1,6
Bruttoinlandsprodukt ^a	5,1	4,7	7,3	7,2	6,4

^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Goskomstat; Berechnungen des IWH, 2005: Schätzung des IWH.

Abbildung 1:
Realer Zuwachs des BIP in den Jahren 2004 und
2005

- Quartale, in % zum Vorjahresquartal -



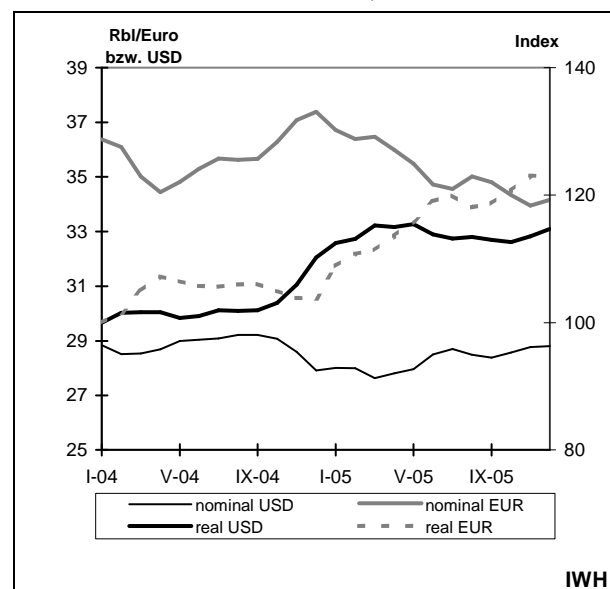
Quelle: Goskomstat.

Diese Abschwächung ging hauptsächlich auf die nachlassende Dynamik der realen Exporte zurück, deren Zuwachsrate sich gegenüber dem Vorjahr etwa halbierte. Wertmäßig, gemessen auf Dollar-Basis, sind die Ausfuhren 2005 um knapp 34% gestiegen und damit ähnlich stark wie im Vorjahr. Für die schwächere Exportentwicklung 2005 waren vor allem die geringeren exportierten Mengen bei Öl und Gas, die etwa zwei Drittel des

Gesamtexports bilden, ausschlaggebend. Während bei einigen wichtigen Exportgütern unter den Industrierohstoffen (Steinkohle, Eisenlegierungen, Aluminium, Holz) die Zuwachsraten im zweistelligen Bereich lagen, stiegen die Ausfuhren bei Erdgas um weniger als 4%, und bei Erdöl gingen sie um 2% zurück.³ Einerseits haben hierbei Kapazitätsgrenzen der Öl- und Gasproduktion sowie Engpässe beim Transport eine Rolle gespielt. Erst im Jahr 2004 waren die Produktions- und Transportkapazitäten erweitert worden und hatten Rußland zeitweilig sogar zum weltgrößten Ölexporteur vor Saudi-Arabien werden lassen.⁴ Andererseits hat die Steuerbelastung des Energiesektors durch die Anpassung der Besteuerung der Ölexporte seit Mitte 2004 an die Preisentwicklung beständig zugenommen, was die Anreize für die Produzenten zur Steigerung der Produktion verringerte. Einfluß auf die insgesamt schwächere Entwicklung der russischen Exporte hatte auch die Wechselkursentwicklung des Rubels, dessen Aufwertung die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Anbieter schmälerte, ins-

Abbildung 2:
Wechselkurs des Rubel gegenüber US-Dollar und
Euro

- Januar 2004 bis Dezember 2005, Januar 2004 = 100 -



Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

³ Januar bis November 2005. Vgl. GOSKOMSTAT: Socialno-ekonomiceskoje polozenie Rossji 2005. Moskva, 2006.

⁴ Die Produktion wurde im Jahr 2004 um 9% gesteigert, der Export um 13%.

besondere auf stark umkämpften Märkten. So wuchsen die Exporte in anderen Warengruppen, beispielsweise bei Maschinen und Fahrzeugen, schwächer als in den Vorjahren, so daß ihr Anteil an den Gesamtausfuhren zurückging (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3:
Außenhandel Rußlands: Warenstruktur 2000-2005
- Anteile am Gesamthandel in % -

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Exporte						
Maschinen, Ausrüstungen u. Fahrzeuge	8,0	8,6	9,4	6,9	7,2	5,3
Metalle und Metallwaren	17,2	15,3	14,6	14,2	16,8	14,2
Mineralische Erzeugnisse, Rohstoffe	54,5	56,2	55,2	60,2	58,8	64,9
Chemische Erzeugnisse	7,3	6,8	7,1	6,2	6,4	5,9
Lebensmittel	1,3	2,4	2,2	1,8	1,4	1,7
Holz/Papier	4,3	5,0	6,7	4,4	4,0	3,5
Textilien	0,8	0,9	0,8	0,6	0,4	0,3
Sonstige	6,6	4,8	4,0	5,7	5,0	4,2
Importe						
Maschinen, Ausrüstungen u. Fahrzeuge	30,6	32,3	35,8	40,4	41,6	44,4
Metalle und Metallwaren	8,3	7,8	6,2	4,8	7,4	7,3
Mineralische Erzeugnisse, Rohstoffe	6,8	4,5	3,8	1,2	4,0	4,9
Chemische Erzeugnisse	18,6	18,3	16,9	18,5	16,5	17,0
Lebensmittel	23,1	22,9	23,4	21,3	18,5	17,5
Holz/Papier	3,8	4,0	4,2	4,5	3,8	3,3
Textilien	4,8	5,5	4,9	4,3	3,7	3,3
Sonstige	4,0	4,7	4,8	5,0	4,5	2,3

Quelle: Russisches Komitee für Zollstatistik.

Die außerordentlich hohen Preissteigerungen bei Erdöl, Erdgas und anderen Rohstoffen haben den Handelsüberschuß auf einen neuen Rekordstand von 120 Mrd. US-Dollar (bzw. 16% des BIP) an-

steigen lassen. Damit wurde der außerordentlich hohe Vorjahreswert nochmals um 40% übertroffen. Zwischen Anfang 2004 und Ende 2005 hat sich der Preis für Rohöl der Sorte Urals von 28,9 auf 53,9 US-Dollar/Barrel nahezu verdoppelt, für Erdgas stieg er um über 50%, für die wichtigsten Metalle ebenfalls im zweistelligen Bereich.

Tabelle 4:
Außenhandel Rußlands nach Regionen 2003-2005
- auf Dollarbasis, jeweilige Preise -

	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			Anteil am Gesamthandel in %		
	2003	2004	2005	2003	2004	2005
Exporte						
GUS	31,5	42,6	10,6	15,5	16,2	13,5
EU ^a	22,9	44,4	45,9	47,4	50,3	55,3
Deutschland	29,3	27,6	48,4	7,8	7,3	8,2
China	20,8	22,4	29,1	6,2	5,6	5,4
USA	5,7	56,3	-4,1	3,2	3,6	2,6
Japan	34,3	41,3	9,6	1,8	1,9	1,6
Sonstige	.	.	.	18,1	15,1	13,4
Insgesamt	25,2	35,9	32,9	100	100	100
Importe						
GUS	29,3	34,9	6,7	22,9	23,5	19,2
EU ^a	21,2	29,6	27,9	45,7	45,1	44,2
Deutschland	22,9	30,3	25,2	14,1	14,0	13,4
China	37,8	43,5	52,7	5,8	6,3	7,4
USA	-0,7	7,9	42,6	5,2	4,2	4,6
Japan	92,1	109	47,9	3,3	5,2	5,9
Sonstige	.	.	.	3,0	1,7	5,3
Insgesamt	24,2	31,8	30,3	100	100	100

^a bis 30.04.2004: EU-15 und 10 Kandidatenländer, ab 01.05.2004: EU-25.

Quellen: Russisches Komitee für Zollstatistik; Berechnungen des IWH.

Hinsichtlich der regionalen Außenhandelsstruktur fällt einerseits sowohl bei den Ein- als auch bei den Ausfuhren der Rückgang der Bedeutung der GUS-Staaten für den russischen Markt auf (vgl. Tabelle 4). Dagegen gewinnt China als Handelspartner an Bedeutung: China liefert in erster Linie Textilerzeugnisse und Garne, in diesen Bereichen

der Leichtindustrie sind russische Anbieter auf dem Binnenmarkt nicht wettbewerbsfähig, die Produktion ist hier rückläufig.

Inflation bleibt bei kräftiger Geldmengenexpansion hoch

Bei der Inflationsdämpfung konnte gegenüber dem Vorjahr kein nennenswerter Fortschritt erreicht werden. Die Verbraucherpreisentwicklung lag im vergangenen Jahr mit durchschnittlich 12,7% auf einem nach wie vor hohen Niveau und überschritt das Inflationsziel der Zentralbank. Maßgeblich für den Anstieg der Verbraucherpreise war u. a. der Anstieg der Preise für Lebensmittel, insbesondere Fleisch und Geflügel, sowie für Benzin und Dienstleistungen. Bei den Dienstleistungen für die privaten Haushalte (öffentliche Transportmittel, Wohn- und Wohnnebenkosten) lag der Preisanstieg mit durchschnittlich 21% nochmals – wie schon 2004 – höher als der entsprechenden Anstieg im Vorjahr. Der Zwang zur Kostendeckung hat hier seit Jahren kräftige Preisanhebungen erforderlich gemacht, die politisch allerdings nur schwer durchsetzbar sind und teilweise zurückgenommen wurden. Zum Jahresbeginn 2006 wurde von der Regierung ein Anti-Inflationsmaßnahmenpaket beschlossen, das die Preisanhebungen für kommunale Dienstleistungen und Mieten sowie die Tarifierhöhungen „natürlicher“ Monopole begrenzt, die Mineralölsteuer auf ihrem derzeitigen Niveau einfriert und Nahrungsmittelimporte erleichtert.⁵

Die Ausweitung der inländischen Geldmenge vor allem infolge der hohen Einnahmen aus den Ölexporten um nominal knapp 25%⁶ war noch geringfügig stärker als im Vorjahr und stellte die Zentralbank vor Schwierigkeiten, ihre Geldpolitik mit einer angepeilten Inflationsrate von 8,5% im Jahresdurchschnitt zu verfolgen. Die Geldmengenexpansion wurde von einer weiteren Aufwertung des Wechselkurses begleitet, wodurch sich die Zentralbank in einem Zielkonflikt befand. Da sie implizit kein Inflations-, sondern ein Wechselkursziel verfolgt, stellte sie sich der nominalen Aufwertung

⁵ Allein infolge der Preiskontrollen ist die Inflation im ersten Quartal auf 7,7 % gesunken. Eine Änderung der Geldpolitik wurde nicht vorgenommen.

⁶ Januar bis November 2005. Vgl. BANK ROSJI: Informazjonoanaliticeskij biuletin, No. 1/2006. Moskva, 2006, S. 19.

des Rubels entgegen, indem sie in großem Umfang Devisen aufkaufte. Das weitere Anziehen der Inflationsrate wurde dabei in Kauf genommen. Hätte die Zentralbank eine nominale Aufwertung des Rubel zugelassen, sobald die Inflation Gefahr lief, über das gesteckte Ziel hinaus zu schießen, hätte die kurzfristige Wechselkursinstabilität zwar zugenommen, die Inflationseindämmung wäre allerdings erfolgreicher gewesen.

Inflationstreibende Wirkungen gingen auch von Maßnahmen auf der Ausgabenseite des Haushalts aus. Der Staatshaushalt befindet sich in einer komfortablen Situation; an die Stelle der Defizite vergangener Jahre sind mittlerweile hohe Budgetüberschüsse getreten.⁷ Im Zusammenhang damit ist es zu einem überproportionalen Anstieg von Ausgaben für soziale Zwecke gekommen. Davon haben insbesondere auch die Gehälter im öffentlichen Dienst und die Transfers (Rentenzahlungen, übrige Sozialleistungen) profitiert.⁸ Auch für 2006 sieht das Haushaltsgesetz u. a. einen weiteren Anstieg der Sozialausgaben vor.⁹ Da die Maßnahmen bereits im vergangenen Jahr aufgrund des hohen Anstiegs des Preisniveaus umstritten waren, hat Finanzminister Kudrin angekündigt, zukünftig Ausgabenerhöhungen in diesem Bereich auf den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen.

Künftige Wirtschaftsentwicklung hängt vom Erfolg der Reformen ab

Die Aussichten für die wirtschaftliche Expansion in diesem und im nächsten Jahr bleiben insgesamt günstig, da sich die Preisentwicklung auf den Rohstoffweltmärkten nicht wesentlich verschlechtern wird; vermutlich wird eine Stabilisierung auf hohem Niveau einsetzen. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts wird vor diesem Hintergrund im Prognosezeitraum hoch bleiben und bei etwa 6% liegen.

⁷ Im Jahr 2005 machte der Überschuss des konsolidierten Haushalts ca. 7% des BIP aus, nach 4,5% im Jahr 2004.

⁸ Diese Ausgabensteigerung hängt mit dem Versprechen der Regierung zusammen, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst sowie die Renten in den nächsten drei Jahren um weitere 50% anzuheben.

⁹ Dem Haushaltsgesetz liegt eine Annahme über den Rückgang des Rohölpreises (Sorte Urals) auf unter 50 US-Dollar/Barrel zugrunde. Es wird von einem Budgetüberschuss in Höhe von 4% des BIP ausgegangen.

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung liegen derzeit eher im Inland. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die weitere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, die sowohl die Umstrukturierung der Wirtschaft voran bringen als auch die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren weiter ausgestalten muß. Momentan zeigt sich jedoch eher eine Tendenz zum verstärkten staatlichen Interventionismus. Die Energiepolitik der russischen Regierung ist durch eine wachsende staatliche Einflußnahme in den vergangenen Jahren geprägt worden. Die Aufspaltung des Yukos-Ölkonzerns und seine Einbindung in den staatlich kontrollierten Gazprom-Konzern sowie die Übernahme der staatlichen Ölkonzerne Rosneft und Sibneft durch Gazprom im vergangenen Jahr verhindern eine weitere Deregulierung des Sektors und haben ausländische Investoren eher verunsichert.¹⁰

Aufgrund der Verwendung der Einnahmen aus den Energieexporten für wichtige Reformaufgaben und den Strukturwandel der Wirtschaft besitzt die Energiewirtschaft nach wie vor eine tragende Rolle für die Wirtschaftsentwicklung. Der zu Beginn des Jahres 2004 eingerichtete Stabilisierungsfonds dient nicht nur dazu, Ölpreisschwankungen auf den Weltmärkten auszugleichen, sondern soll auch die Tilgung von Auslandsschulden gewährleisten und den Strukturwandel finanzieren. Er wird aus Über-

schüssen gespeist, die bei Zolleinnahmen auf Öl-exporte und aus Steuern auf Naturressourcen anfallen, solange der Rohölpreis eine bestimmte Grenze übersteigt.¹¹ Zolleinnahmen und Steuern auf einen Ölpreis unter dieser Grenze werden in den Staatshaushalt abgeführt.

Die generelle Abhängigkeit der russischen Wirtschaft vom Energiesektor und der Lage auf den Rohölmärkten ist vor allem auf längere Sicht problematisch. Die Entwicklung der Weltmarktpreise für Energieträger kann von der russischen Politik nur in geringem Maße beeinflusst werden. Langfristig müssen die Investitionen stärker wachsen und die Umstrukturierung der Wirtschaft vorangebracht werden. Dies ist von der russischen Regierung erkannt worden. In einem mittelfristigen Entwicklungsprogramm von Wirtschaftsminister Gref sollen durch die Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit gefördert und gezielt neue Wachstumschancen jenseits der bisherigen Wege erschlossen werden. Beschlossen wurde das Programm allerdings erst Ende des vergangenen Jahres, da konkrete Maßnahmenpakete bislang fehlten. Es sollte als Chance für ein langfristig stabileres Wachstum tatsächlich begriffen und umgesetzt werden.

Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

Die Arbeitszeitgestaltung in der EU aus Sicht der Beschäftigten: Ergebnisse des ad hoc labour market surveys*

Seit Mai 2004 umfaßt die Europäische Union rund 450 Millionen Menschen in 25 Ländern. Die EU-Osterweiterung, die so unterschiedliche Länder wie das große, aber eher arme Polen und das sehr kleine, aber relativ wohlhabende Slowenien betrifft, stellt die Union vor neue Herausforderungen, wie einer Neuordnung der Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkte und einem neuen Standortwettbewerb. Die ökonomischen, historischen und kulturellen nationalen Besonderheiten der Mitgliedsländer bestehen fort, auch im Zuge der europäischen Inte-

gration. Der Arbeitsmarkt ist dabei ein besonderes „Sorgenkind“ der EU. Zum einen kämpft die Gemeinschaft mit einer andauernden hohen Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich und nur geringer Dynamik innerhalb des Arbeitsmarktes. Zum anderen gibt es demographische Aspekte (Gebur-

¹⁰ Vgl. dazu Izvestija vom 11.01.2006 sowie www.mergers.ru vom 21.03.2006. Damit hat der Energiekonzern nunmehr neben dem Großteil der Erdgasproduktion auch rund ein Viertel der russischen Ölproduktion unter Kontrolle.

¹¹ Sie richtet sich nach dem aktuellen Ölpreis und lag im Jahr 2005 bei 20 US-Dollar/Barrel, 2006 bei 27 US-Dollar/Barrel. Die Mittel des Stabilisierungsfonds beliefen sich Ende 2005 auf etwa 1 400 Mrd. Rubel, das sind etwa 50 Mrd. US-Dollar bzw. 6% des BIP.

* Der Beitrag basiert auf einem Gutachten, das vom IWH unter den Titel „The performance of European labour markets on the basis of data obtained from the June 2004 ad hoc labour market survey“ im Auftrag der Europäischen Kommission erstellt wurde.

Tabelle:

Erwerbstätigenquoten 2004 in den Ländern der EU nach Geschlecht,
- Angaben in % -

Land	Gesamt	Männer	Frauen	Land	Gesamt	Männer	Frauen
EU25	63,3	70,9	55,7	Frankreich	63,1	69,0	57,4
EU15	64,7	72,7	56,8	Estland	63,0	66,4	60,0
Dänemark	75,7	79,7	71,6	Lettland	62,3	66,4	58,5
Niederlande	73,1	80,2	65,8	Luxemburg	61,6	72,4	50,6
Schweden	72,1	73,6	70,5	Litauen	61,2	64,7	57,8
Vereinigtes Königreich	71,6	77,8	65,6	Spanien	61,1	73,8	48,3
Zypern	68,9	79,8	58,7	Belgien	60,3	67,9	52,6
Österreich	67,8	74,9	60,7	Griechenland	59,4	73,7	45,2
Portugal	67,8	74,2	61,7	Italien	57,6	70,1	45,2
Finnland	67,6	69,7	65,6	Slowakei	57,0	63,2	50,9
Irland	66,3	75,9	56,5	Ungarn	56,8	63,1	50,7
Slowenien	65,3	70,0	60,5	Malta	54,1	75,2	32,8
Deutschland	65,0	70,8	59,2	Polen	51,7	57,2	46,2
Tschechische Republik	64,2	72,3	56,0				

Quelle: Eurostat, Pressemitteilung 112/2005.

tenrückgang, alternde Bevölkerung) in vielen EU-Ländern, die Handlungsbedarf bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik erzeugen.

Wie unterschiedlich die Arbeitsmarktbeteiligung in der nunmehr auf 25 Mitgliedsländer erweiterten EU ist, zeigt ein Blick auf die amtliche Statistik zu den Erwerbstätigenquoten der 15 bis 64jährigen. Sie reichen von 51,7% in Polen bis 75,7% in Dänemark (vgl. Tabelle). Auch hinsichtlich der Arbeitslosenquoten gibt es innerhalb der Union im Jahr 2004 eine Spreizung von 4,5% in Irland bis zu 18,8% in Polen.¹²

Solche beträchtlichen nationalen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung stellen eine Herausforderung für die Regelung der Arbeitnehmerfreizügigkeit dar, die neben der Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit wesentlicher Bestandteil des Binnenmarktes der EU ist. Gerade in Hin-

blick auf die freie Arbeitskräftemobilität innerhalb einer erweiterten EU gab es unter den Bürgern der alten Mitgliedsländer Befürchtungen, daß umfangreiche Arbeitskräftewanderungen aus den ehemals sozialistischen Staaten in ihre Länder stattfinden würden. Um diese und andere Fakten in Bezug auf die Arbeitsmarktsituation der EU als Ganzes, aber auch der einzelnen Länder bzw. Ländergruppen angemessen bewerten zu können, ist die genaue Analyse aktueller empirischer Daten notwendig, wie sie durch die Arbeitsmarktsurveys der EU in regelmäßigen Abständen erhoben werden. Der diesem Beitrag zugrunde liegende ad hoc labour market survey ist ein solches Instrument. Er wurde im Juni 2004 zum fünften Mal erhoben.¹³ Der Impuls zu dieser Umfrage kam 1985 aus dem Bedürfnis, zu den bereits existierenden Umfragen innerhalb

¹² Quelle: EUROSTAT.

¹³ Die vorherigen Erhebungen wurden 1985, 1989, 1994 und 1999 durchgeführt.

der EU eine weitere Quelle für vergleichbare Analysen der aktuellen Arbeitsmarktsituation und ihre weitere Entwicklung zu schaffen. Die Erhebung 2004 unterscheidet sich von vorangegangenen Erhebungen dadurch, daß sie erstmalig die zehn neuen Mitgliedsländer einschließt. Da die Gruppe der Beitrittsländer von ehemals planwirtschaftlich organisierten Staaten Mitteleuropas dominiert wird,¹⁴ gilt bei der Auswertung dieser Welle ein besonderes Augenmerk dem Vergleich von Befunden der Neumitglieder mit den Ergebnissen aus den „alten“ EU-Ländern.¹⁵

Ein wichtiges Merkmal der hier vorgestellten Umfrage ist, daß sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer mittels spezifischer Fragebögen befragt werden. Der Survey gilt als repräsentativ, zum Teil ist er als Wiederholungsbefragung angelegt. Die einbezogenen Unternehmen kommen aus den Sektoren Industrie, Handel und Dienstleistungen. Die Arbeitnehmer sind sowohl in der privaten Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst beschäftigt. Es befinden sich aber auch Befragte unter ihnen, die zum Erhebungszeitpunkt arbeitslos und beschäftigungssuchend waren.

Im folgenden werden aus der Arbeitnehmerbefragung ausgewählte Befunde zur Struktur der Arbeitszeit vorgestellt. Hierbei geht es vor allem um die aktuellen Arbeitszeitregimes in den einzelnen Mitgliedsländern, die Zufriedenheit der Beschäftigten damit und darum, wo Unterschiede und Gemeinsamkeiten innerhalb der EU-Mitgliedsländer liegen.

Wer arbeitet wieviel in der EU?

Die Mehrheit der befragten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, ca. zwei Drittel, hat eine vertraglich festgelegte Arbeitszeit von 35 bis 40 Wochenstunden. In den neuen Mitgliedsländern (EU10) ist dieser Anteil mit 70% etwas höher. Vertragliche Arbeitszeiten von mehr als 40 Stunden gelten für weniger als 10% aller Befragten, in der EU10 aber fast

noch für jeden Fünften. 39% der tschechischen und 31% der slowakischen Arbeitnehmer müssen laut ihren Verträgen mehr als 40 Stunden erbringen, das ist der höchste Anteil in der gesamten EU. Betrachtet man einmal nur die Angaben zu 45 und mehr Stunden, so fallen die Daten aus Großbritannien auf: Immerhin 17% der Männer (von den Beschäftigten in der Privatwirtschaft 20%) geben eine so hohe vertragliche Wochenarbeitszeit an.

In vielen Ländern sind im Bereich der sogenannten Normalarbeitszeit von 35 bis 40 Stunden mehr befragte Männer als Frauen vertreten. Das Verhältnis der Geschlechter ist diesbezüglich aber ausgeglichener in den neuen Mitgliedsstaaten, vor allem in Slowenien (88% der Männer, 86% der Frauen), in Estland (84% der Männer, 81% der Frauen) und in Polen (69% der Männer, 71% der Frauen). In den alten EU-Ländern (EU15) läßt sich ein ausgewogenes Verhältnis in erster Linie in Portugal (83% der Männer, 74% der Frauen) und Finnland (90% der Männer, 80% der Frauen) beobachten.

In der Abbildung wird der Anteil von Befragten in jedem Land dargestellt, die laut Arbeitsvertrag mehr als 40 Wochenstunden erbringen müssen und verglichen mit dem Anteil von Arbeitnehmern, deren tatsächliche Wochenarbeitszeit mehr als 40 Stunden beträgt. Allerdings stehen nur aggregierte und keine Individualdatensätze zur Verfügung, so daß keine Schnittmenge aus beiden Gruppen bestimmt werden kann. Es sind aber vermutlich in erster Linie die Beschäftigten mit so hohen Stundenzahlen, die in nennenswertem Umfang Überstunden leisten, denn der Anteil derer, die mehr als 40 Stunden erbringen, ist mit 28% mehr als dreimal so hoch wie der Anteil von Befragten, die laut Arbeitsvertrag diese Stundenzahl zu erbringen haben. In den EU10-Ländern ist das Arbeitszeitregime noch ausgedehnter: 19% der Arbeitnehmer sind laut Vertrag zu mehr als 40 Stunden verpflichtet, aber 41% leisten Wochenarbeitsstunden in dieser Größenordnung.

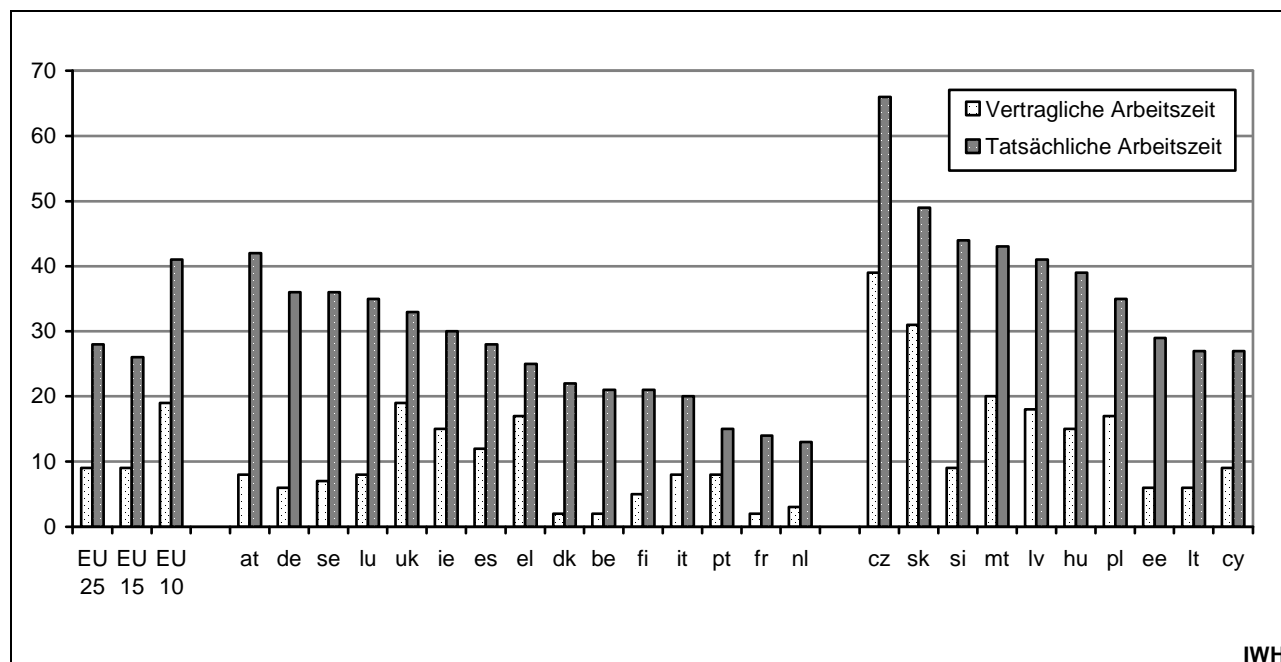
Die Ergebnisse zur Teilzeitarbeit zeigen, daß diese nach wie vor eine Domäne der Frauen ist. 42% aller weiblichen Befragten haben eine vertraglich festgesetzte Arbeitszeit bis zu 34 Stunden und 38% der Frauen arbeiten tatsächlich in diesem Zeitumfang. Nach Arbeitsstunden betrachtet ist die Erwerbsbeteiligung unter den Frauen in den neuen

¹⁴ Die höchsten Gewichtungsfaktoren in dieser Gruppe haben Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien und die Slowakei.

¹⁵ Für die Auswertung wird folgende Unterscheidung getroffen: Alle EU-Mitgliedsländer werden unter EU25 geführt, EU15 bezeichnet die „alten“ Mitgliedsländer bis April 2004 und EU10 die im Mai 2004 neu aufgenommenen Länder.

Abbildung:

Anteil von Befragten mit vertraglicher und tatsächlicher Arbeitszeit über 40 Stunden im Jahr 2004, in %



Abkürzungen: at = Österreich; de = Deutschland; se = Schweden; lu = Luxemburg; uk = Großbritannien; ie = Irland; es = Spanien; el = Griechenland; dk = Dänemark; be = Belgien; fi = Finnland; it = Italien; pt = Portugal; fr = Frankreich; nl = Niederlande; cz = Tschechische Republik; sk = Slowakei; si = Slowenien; mt = Malta; lv = Lettland; hu = Ungarn; pl = Polen; ee = Estland; lt = Litauen; cy = Zypern.

Quelle: ad hoc labour market survey EU 2004; Berechnungen des IWH.

EU-Mitgliedsländern höher. Teilzeitarbeit ist hier viel weniger verbreitet, spielt nur für 14% der weiblichen Befragten eine Rolle. In der Tschechischen Republik haben 34% der Frauen Arbeitszeiten von mehr als 40 Stunden zu leisten, und 57% geben an, daß sie über 40 Stunden arbeiten, das ist der EU-Spitzenwert.

Formen der flexiblen Arbeitszeitgestaltung

Da das Muster „Normalarbeitszeit“ in der EU das verbreitetste ist, überrascht es nicht, daß die meisten Befragten (71%) üblicherweise eine 5-Tage-Arbeitswoche haben. 13% haben eine 6-Tage-Arbeitswoche. Einen stark abweichenden Befund gibt es aus den Niederlanden. Während EU-weit nur 14% der Beschäftigten weniger als fünf Tage arbeiten gehen, beträgt dieser Anteil in den Niederlanden 37%, unter den Frauen sogar 61%.

Im öffentlichen Dienst dominiert die 5-Tage-Woche etwas stärker als in der Privatwirtschaft. Während dort 15% eine 6-Tage-Woche haben, arbeiten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nur zu 9% an sechs Tagen pro Woche. Diese Be-

obachtung tritt in der EU10 noch stärker zutage: Hier haben 22% der Beschäftigten im privaten Sektor eine 6-Tage-Woche.

In Spanien arbeiten 29% der Befragten regelmäßig sechs Tage pro Woche und in Italien 26%. Diese beiden südlichen Länder haben überdurchschnittlich hohe Anteile im EU15-Vergleich.

In den alten EU-Ländern leisten 18% der Arbeitnehmer regelmäßig Schichtarbeit, 28% sind es in den neuen Mitgliedsländern. Aber 74% aller Befragten sind *nicht* in Schichtarbeit eingebunden, 80% *nicht* in regelmäßige Nacharbeit. Immerhin 41% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der EU10 und 29% der Befragten in den EU15-Ländern arbeiten gelegentlich an Samstagen, knapp ein Drittel aus beiden Gruppen auch gelegentlich oder regelmäßig an Sonntagen. Dabei handelt es sich um Wochenendeinsätze innerhalb der regulären Beschäftigung und nicht um Nebentätigkeiten. Die Erbringung von Überstunden ist in der gesamten EU für 18% eine regelmäßige Erfahrung, für weitere 41% eine teilweise. Hierin unterscheiden sich alte und neue EU-Mitgliedsländer nur marginal.

Zufriedenheit mit aktuellen Zeitarrangements hoch

Als ein Indikator für die Zufriedenheit mit ihrer gegenwärtigen Stundenzahl wurden die Beschäftigten gefragt, ob sie bei Beibehaltung ihres aktuellen Stundenlohnes gern eine geringere, höhere oder gleichbleibende Stundenzahl haben möchten. EU-weit wünscht sich dann jeder zehnte Befragte mehr Arbeitsstunden. 29% hingegen würden weniger Stunden arbeiten und 61% möchten, daß es so bleibt, wie es ist. In der EU10 ist, wie bereits geschildert, der Anteil von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit hohen Wochenstundenzahlen größer als in der EU15. Spiegelbildlich dazu möchten 45% der Befragten in den neuen Mitgliedsländern gern weniger Stunden arbeiten und nur 6% mehr arbeiten. Geschlechtsspezifische Unterschiede gibt es dabei nicht.

Hätten die Befragten bei den nächsten Lohnverhandlungen die Wahl zwischen einer Stundenlohnerhöhung bei gleicher Arbeitszeit oder weniger Arbeitszeit bei gleichem Lohn wie bisher, so fällt das Votum folgendermaßen aus: 63% in der EU15 und 73% in der EU10 würden sich für den höheren Lohn entscheiden. 34% hätten lieber eine kürzere Arbeitszeit, unter den Männern ab 50 Jahren 40%.

In einigen EU15-Ländern finden sich keine Mehrheiten für höheren Lohn, sondern gegen diesen Trend für kürzere Arbeitszeit. Dafür plädieren jeweils 61% der Befragten aus Dänemark und den Niederlanden, 52% der Finnen, 51% der Schweden und die Hälfte der befragten Belgier. Diese Arbeitnehmer kommen aber nicht aus Ländern, in denen die durchschnittlich vertraglich zu leistenden Wochenarbeitsstunden wesentlich höher als der entsprechende EU-Wert sind. Im Gegenteil: Die Niederlande und Belgien liegen unter dem EU15-Durchschnitt von 34 Stunden. In der EU10 beträgt dieser Durchschnittswert sogar 37 Stunden, aber die Befragten hier sprechen sich sehr deutlich für Lohnerhöhung und gegen Freizeitgewinn aus, was mit den – in der Erhebung leider nicht erfragten – Einkommenshöhen in diesen Ländern zusammenhängen dürfte.

Wie würden die Befragten nun flexible Arbeitszeiten realisieren? Am häufigsten wären die Befragten bereit, früher am Tag anzufangen oder abends länger zu bleiben (69%), gefolgt von der

Bereitschaft, auch samstags zu arbeiten (43%). Mehrheitlich wird es abgelehnt, nachts oder sonntags zu arbeiten (jeweils 77%). Ein Drittel der Befragten wäre einverstanden, immer dann sein Stundensoll zu erfüllen, wenn Arbeitszeit angefordert wird, zwei Drittel lehnen das ab. Dies trifft auf die EU15 zu, in der EU10 wäre die Hälfte zu dieser Form flexibler Arbeitszeit bereit. Und mehr als die Hälfte der Befragten hier würde Samstagsarbeit akzeptieren, ein Drittel wäre bereit zu Nacharbeit. Insgesamt ist in der EU10 die Bereitschaft höher, sich auf flexible Formen der Arbeitszeitgestaltung einzulassen.

Pendeln für den Job: ja. Umziehen: nein

Ein weiterer Indikator für flexible Anpassung an die Anforderungen des Arbeitsmarktes ist die Bereitschaft, für einen Job zu pendeln oder gegebenenfalls umzuziehen. Im Zuge eines Jobwechsels würden 48% in der EU15 und 75% in der EU10 das Berufspendeln in Kauf nehmen. Die Zustimmung dazu reicht in den alten EU-Ländern von mehr als zwei Drittel der Befragten in Portugal, Spanien, Belgien und Schweden bis zu 23% in Italien und 17% in den Niederlanden.

Das Pendeln zum Arbeitsplatz sollte nicht länger als eine Stunde dauern, das meinen 49% in der EU10 und 32% in der EU15. Überdurchschnittlich hoch ist in Deutschland der Anteil von Befragten, die auch Wege von ein bis zwei Stunden in Kauf nehmen würden. Er liegt hier bei 27%, der EU15-Durchschnitt nur bei 15%. In den neuen Mitgliedsländern sind es die Slowenen, die mit 37% häufiger als im Durchschnitt (23%) Zustimmung zu längeren Wegezeiten äußern.

Ein Umzug für den neuen Job wird als Alternative mehrheitlich abgelehnt.¹⁶ 70% in der EU15 und 65% in der EU10 sprechen sich dagegen aus. Allerdings gibt es diesbezüglich einen deutlichen Alterseffekt: Jüngere Befragte sind sehr viel häufiger als ältere sowohl zum Pendeln als auch zum Umzug bereit. Unter den Arbeitslosen in der EU15

¹⁶ Die Mobilität von Arbeitskräften aus der EU10 in die EU15 ist bisher gering. Die erwerbsfähige Bevölkerung aus den neuen Mitgliedsstaaten macht in den alten gegenwärtig 0,4% der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus. Vgl. POHL, C.: Zwei Jahre nach der EU-Osterweiterung: Geringe Mobilität von Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedsländern, in: ifo Dresden berichtet 2/2006, S. 26-32.

ist die Bereitschaft, für einen Job zu pendeln oder umzuziehen, nicht höher als unter den Befragten, die gegenwärtig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Anders sieht es in der EU10 aus: Von den arbeitslosen Männern aus dieser Region ist ca. jeder zweite bereit, für einen Job umzuziehen (zum Vergleich: Von den Arbeitslosen in der EU15 ist es ein Drittel).

Zu den gegenwärtigen Pendlerstrukturen: In der EU10 gibt es deutlich mehr Pendler als in der EU15, 64% zu 38%. Den höchsten Anteil in den neuen Mitgliedsländern stellt Slowenien mit 83% Pendlern, gefolgt von Polen (80%). In den kleineren Staaten Estland und Litauen sind die Pendleranteile mit 21% bzw. 24% unterdurchschnittlich. In den EU15-Ländern weist Irland den höchsten Pendleranteil auf (76%), in Belgien pendeln 59% und in Portugal, Dänemark und Spanien auch noch mehr als die Hälfte der Befragten. Sehr gering ist der Anteil hingegen in Finnland (22%) und in Italien (16%). Der Anteil der Pendler nimmt mit steigendem Lebensalter ab. Unter den Männern ist der Anteil von Pendlern höher als unter Frauen.

Fazit

Unmittelbar nach der EU-Erweiterung vermittelt die Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus den nunmehr 25 Mitgliedsstaaten folgendes Bild: Die sogenannte „Normalarbeitszeit“, also eine Beschäftigung von 35 bis 40 Stun-

den, verteilt auf eine Fünftagewoche, ist für die Mehrheit der Befragten sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern die Regel. Die Teilzeitbeschäftigung ist nach wie vor eine Domäne der (westeuropäischen) Frauen. Überstunden gehören für viele Beschäftigte zum Alltag. Ein Potential für Arbeitszeitflexibilisierung ist gegeben, aber die Befragten akzeptieren längst nicht alle Formen in gleichem Umfang. Am liebsten würden sie den unterschiedlichen Arbeitszeitanforderungen durch die Verlängerung oder Verkürzung des normalen Arbeitstages gerecht werden. Schichtarbeit, Nachtschicht und Wochenendarbeit finden weniger Zustimmung. Das gleiche gilt für ein Zeitregime, das die Arbeitszeiten an das anfallende Arbeitspensum koppelt. Mit der Höhe der Wochenstundenzahl sind die meisten Befragten zufrieden. Ein Teil der Befragten wünscht sich durchaus, seine Arbeitsstundenzahl bei gleichbleibendem Stundenlohn zu reduzieren. Wenn es aber um die Entscheidung „mehr Freizeit oder mehr Geld“ geht, ist das Votum für höheren Lohn bei gleichbleibender Stundenzahl eindeutig. Ganz besonders trifft dies auf die neuen Mitgliedsländer der EU zu. Hier wird derzeit länger gearbeitet, und die Arbeitnehmer sind auch in stärkerem Maße bereit, für den Job räumlich und zeitlich flexibel zu sein, was sich u. a. in höheren Pendleranteilen niederschlägt.

Cornelia.Lang@iwH-halle.de

VGR – Revision attestiert den neuen Bundesländern stärkeres Wachstum der Produktion

Nach dem Statistischen Bundesamt haben inzwischen auch die Landesämter ihre Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 vorgelegt. Rückwirkend wurden alle Datenreihen für das Bruttoinlandsprodukt und seine Komponenten bis 1991 überarbeitet. Solche Revisionen¹⁷ sind üblich, wenn die Konzepte zur Berechnung der ge-

samtwirtschaftlichen Produktion geändert werden, neue Datenquellen zur Verfügung stehen und Verbesserungen methodischer Art möglich sind. Das Interesse an solchen Aktivitäten beschränkt sich in der Regel auf einen kleinen Kreis von Fachleuten und versickert in der Öffentlichkeit angesichts der ständig steigenden Informationsflut.

Diesmal war das anders. Die Veröffentlichung der revidierten Angaben für Deutschland durch das Statistische Bundesamt Ende April des vergangenen Jahres fand ein breites Echo. Zeigten sie doch,

¹⁷ Die vorangegangene große Revision gab es im Jahr 1999, als das Statistische Bundesamt auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) von 1995 überging.

daß das Bruttoinlandsprodukt, die zentrale Meßgröße der gesamtwirtschaftlichen Produktion an Waren und Dienstleistungen, in Deutschland um 1,4 bis 2,6% über dem bis dato bekannten Niveau lag. Das entsprach 30 bis 47 Milliarden Euro an zusätzlicher Produktion im Jahresdurchschnitt. Bedeutsamer als die Anhebung des nominalen Niveaus erwies sich jedoch die neuartige Messung der realen Größe des Bruttoinlandsprodukts. Die bisher übliche Darstellung in Preisen eines Basisjahres, zuletzt von 1995, wurde abgelöst von der Messung in Preisen des Vorjahres. Hier lag die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts nach der Revision um 0,2 Prozentpunkte über der bisherigen.¹⁸

Wer eine proportionale Übertragung der geänderten deutschlandweiten Ergebnisse auf die bisherigen Regionalrechnungen erwartet hatte, dürfte enttäuscht sein. Nach Kenntnisnahme der vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der statistischen Landesämter vorgelegten Angaben stehen die neuen Bundesländer nicht nur besser bei der Produktion da als davor berechnet. Das Bruttoinlandsprodukt ist auch von 2002 bis 2004 stärker gewachsen als im Westen, und die spätestens seit 1998 beobachtete Stockung im Aufholprozeß bei der Pro-Kopf-Produktion wurde – zumindest vorübergehend – überwunden. Diese Aussage verdient Aufmerksamkeit. Wo liegen die entscheidenden Änderungen in der Statistik und wie sind sie zu bewerten?

Mehr Wertschöpfung im Baugewerbe

Die Anhebung der Höhe des Bruttoinlandsprodukts läßt sich am ehesten aus dem Vergleich mit den früheren Werten zu jeweiligen Preisen erschließen. Bei den realen Größen macht der Übergang zu einem völlig neuen Konzept zur Ausschaltung der Preisänderungen den Vergleich wenig sinnvoll, zumal die Niveaugrößen jetzt offiziell als Kettenindizes und nicht als Absolutwerte in Milliarden Euro veröffentlicht werden.

Konzeptbedingt hat sich der Nachweis des Bruttoinlandsprodukts erhöht, weil die Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen nicht mehr glo-

bal als gesamtwirtschaftliche Vorleistung verbucht wird, sondern auf alle Verbraucher, also auch die privaten Haushalte, den Staat und das Ausland aufgeteilt wird.¹⁹ Das führt sowohl auf der Entstehungs- als auch auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts zu einem höheren Wert. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche bedeutet dies jedoch eine Schmälerung der Wertschöpfung, da die Einbeziehung der in Anspruch genommenen Bankdienstleistungen – für sich genommen – deren Vorleistungsverbrauch erhöht. Von hier ist also eine Absenkung der sektoralen Wertschöpfung angelegt. Allerdings wurden auch neue Datenquellen erschlossen und die Berechnungsmethoden präzisiert, so daß selbst die Richtung nicht von vornherein klar ist, in der die neuen Werte von den alten abweichen.

Während die Berechnungen für das Verarbeitende Gewerbe sowohl für Deutschland insgesamt als auch für die neuen Bundesländer keine grundsätzlich neuen Einblicke in die Wertschöpfung vermitteln, ist deren überproportionale Anhebung für das ostdeutsche Baugewerbe ab dem Jahr 2001 bemerkenswert (vgl. Tabelle 1). Deutschlandweit wurde laut Erläuterung der Bundesstatistiker „der Zuschlag für Eigenleistungen (einschließlich unbezahlter Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit) angehoben.“²⁰ Für sich genommen hätte man von dieser Korrektur über alle Jahre hinweg eine überproportionale Erhöhung der Angaben für die neuen Bundesländer erwarten können, weil die Nachbarschaftshilfe – entwicklungsbedingt – eine größere Rolle spielt als im Westen. Der Niveausprung wird jedoch erst ab 2002 deutlich, so daß der Grund wohl eher bei der bisherigen Unterschätzung des Ausmaßes der Bauaktivitäten zur Beseitigung der Flutschäden zu suchen ist. Für das produzierende Gewerbe ergibt sich dann insgesamt eine höhere Wertschöpfung als vor der Revision, auch wenn im Bereich des Bergbaus sowie der Energie- und

¹⁸ Vgl. BRAAKMANN, A. u. a.: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004, in: *Wirtschaft und Statistik* 5/2005, S. 425 ff.

¹⁹ Auch die Bankdienstleistungen werden anders als bisher berechnet. An die Stelle der Zinsmarge als Kernstück für deren Produktionswert, das heißt der Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen, ist eine indirekte Messung des Dienstleistungsentgelts (FISIM) getreten.

²⁰ BRAAKMANN, A. u. a.: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004, a. a. O., S. 439.

Tabelle 1:

Bruttowertschöpfung ausgewählter Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen vor und nach der Revision der VGR für die neuen Bundesländer (ohne Berlin) und für Deutschland

- Rechenstand vor Revision = 100 -

	Alle Wirtschaftsbereiche		darunter							
			Baugewerbe		Gastgewerbe		Verkehr		Kredit- und Versicherungsgewerbe	
	NBL	D	NBL	D	NBL	D	NBL	D	NBL	D
1991	99,8	98,5	102,7	99,3	99,4	98,3	100,3	98,8	53,2	88,4
1992	98,5	98,3	99,3	99,3	104,0	96,6	133,2	98,3	73,8	84,7
1993	98,1	98,6	99,1	99,1	105,8	100,8	124,4	98,8	82,8	89,1
1994	98,9	98,7	98,8	98,8	110,4	104,4	122,5	98,8	83,7	88,8
1995	100,3	98,9	99,0	99,1	115,6	107,3	132,8	97,3	84,5	90,4
1996	100,0	98,6	98,3	98,4	126,0	109,3	132,7	97,0	89,3	95,4
1997	99,9	98,6	98,7	98,7	122,6	112,0	125,2	95,2	88,4	94,4
1998	99,8	98,2	98,4	98,5	133,9	116,0	120,9	95,3	86,4	91,8
1999	99,6	98,2	98,3	98,3	141,7	120,4	109,2	90,9	96,3	105,1
2000	100,2	98,5	98,6	98,6	155,3	129,1	105,0	91,4	87,9	94,9
2001	101,6	99,0	101,2	98,5	159,8	130,3	99,9	90,0	98,2	107,2
2002	102,1	98,7	107,4	99,1	162,4	132,0	97,5	91,0	99,4	110,3
2003	102,2	98,5	110,2	100,5	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
2004	102,9	98,6	111,6	101,6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen des IWH

Wasserversorgung tendenziell eine Verminderung angezeigt wird.

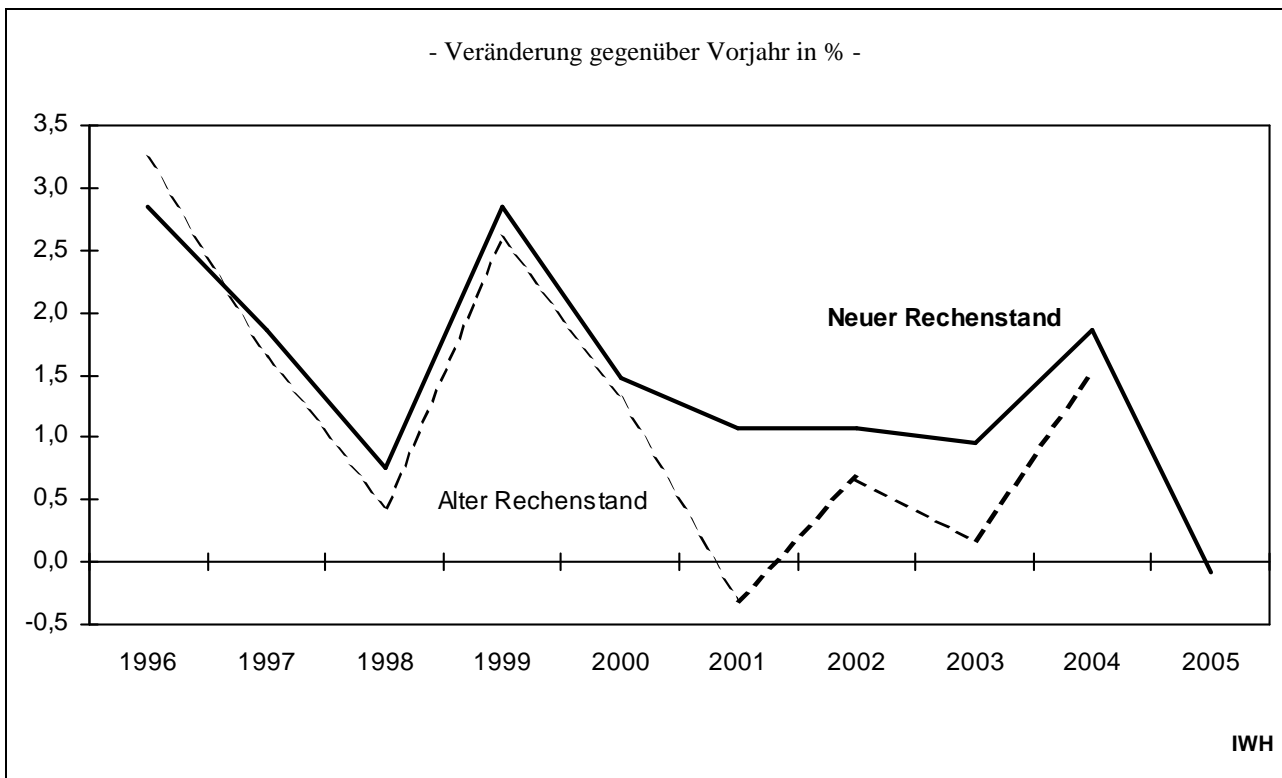
Weniger Wertschöpfung bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen

Im Rahmen der Revision 2005 wurde zur Berechnung der sektoralen Bruttowertschöpfung erstmalig auf Informationen aus der neuen Dienstleistungsstatistik für den Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie für die unternehmensnahen Dienstleistungen zurückgegriffen. Dies führte zu einem deutlich höheren Nachweis der Wertschöpfung im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung bis zum Jahr 2000. Danach

fiel die Absenkung deutlich geringer als im bundesweiten Durchschnitt aus. Im Gastgewerbe ist über den ganzen Zeitraum das Niveau der Wertschöpfung kräftig angehoben worden, und zwar stärker als in Deutschland insgesamt. Der Hauptgrund liegt in der bisherigen Untererfassung der Produktion. Eine Rolle spielte aber auch die Änderung der Berechnungsmethodik.²¹ Die Regionalisierung der Wertschöpfung erfolgt nicht mehr anhand

²¹ Vgl. THÜRINGER LANDESAMT FÜR STATISTIK: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005, Pressemitteilung vom 17. Februar 2006.

Abbildung 1:
 Reales Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (ohne Berlin) vor und nach der Revision der VGR



Quellen: Arbeitskreis "VGR der Länder"; Berechnungen des IWH.

der Umsätze, sondern der Arbeits- und der Unternehmenseinkommen.

Im Bereich Wohnungsvermietung wird jetzt eine geringere Wertschöpfung ausgewiesen, weil genauere Informationen über den Wohnungsleerstand vorliegen. Die Zahl der leer stehenden Wohnungen, für die keine Miete gezahlt wurde, war größer als bis dahin angenommen. Die Schätzung der Mieteinnahmen wurde nach unten korrigiert. Gleichzeitig erhöhten sich die Vorleistungen, allein schon, weil die Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen jetzt sektoral verbucht wird. Allerdings fiel die Revision für die neuen Bundesländer ab dem Jahr 2000 weitaus geringer aus als im Durchschnitt für Deutschland. Im Bereich des Kredit- und Versicherungsgewerbes ergab die Revision für die neuen Bundesländer nicht nur niedrigere Werte als zuvor, sondern auch eine überproportionale Absenkung gegenüber den auch für Deutschland bis 1998 niedrigeren Werten. Für die Jahre nach 2000 wurden die Angaben zur Wertschöpfung der Finanzdienstleister in Deutschland dagegen angehoben. Banken und Versicherungen haben damit weniger am Umbau der ostdeutschen

Wirtschaft verdient als in den bisherigen Berechnungsergebnissen zum Ausdruck kam.

Stärkeres Produktionswachstum zwischen 2001 und 2004

Summa summarum war die Wertschöpfung in den neuen Bundesländern für alle Wirtschaftsbereiche zusammengenommen seit dem Jahr 2000 größer als bislang ausgewiesen. Für Deutschland insgesamt wurde sie hingegen abgesenkt. Diese Konstellation spiegelt sich auch in den realen Größen und den darauf beruhenden Veränderungsdaten wider. Das Bruttoinlandsprodukt ist in den neuen Bundesländern von 2001 bis 2004 kräftiger als zuvor berechnet gestiegen (vgl. Abbildung 1). Dabei hat seit dem Jahr 2002 die Beseitigung der Flutschäden die Bautätigkeit drei Jahre lang stärker gestützt als bislang angenommen. Die Sonderentwicklung lief 2004 im Großen und Ganzen aus, und im vergangenen Jahr kam es wegen der fehlenden Nachfrage zu einem derben Produktionseinbruch. Die strukturelle Anpassung des immer noch verhältnismäßig großen Bausektors war hinausgezögert worden, und sie verschaffte sich 2005

Tabelle 2:

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung
- in Prozentpunkten zum prozentualen Zuwachs der unbereinigten realen Bruttowertschöpfung -

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-0,2	0,2	-0,2	0,0	0,5	-0,1
Produzierendes Gewerbe	0,4	-0,7	-0,1	0,9	1,4	0,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-0,2	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Verarbeitendes Gewerbe	1,8	0,6	0,4	1,0	1,5	1,1
Energie- und Wasserversorgung	0,1	0,1	-0,1	0,1	0,1	0,0
Baugewerbe	-1,3	-1,2	-0,4	-0,2	-0,2	-0,6
Dienstleistungsbereiche	1,7	1,8	1,7	0,3	0,5	-0,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	0,4	0,5	0,5	-0,1	0,3	0,2
Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	0,3	0,3	0,2	0,0	0,2	0,1
Gastgewerbe	0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0,1	0,1	0,4	-0,2	0,1	0,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	0,9	1,5	1,1	0,5	0,5	0,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	0,0	-0,1	0,1	-0,1	0,0	0,1
Grundstückswesen, Vermietung, DL für Unternehmen	1,0	1,7	1,0	0,7	0,5	0,2
Öffentliche und private Dienstleister	0,3	-0,2	0,1	-0,1	-0,2	-0,5
Alle Wirtschaftsbereiche	1,9	1,3	1,4	1,1	2,4	0,1

Quellen: Arbeitskreis "VGR der Länder"; Berechnungen des IWH.

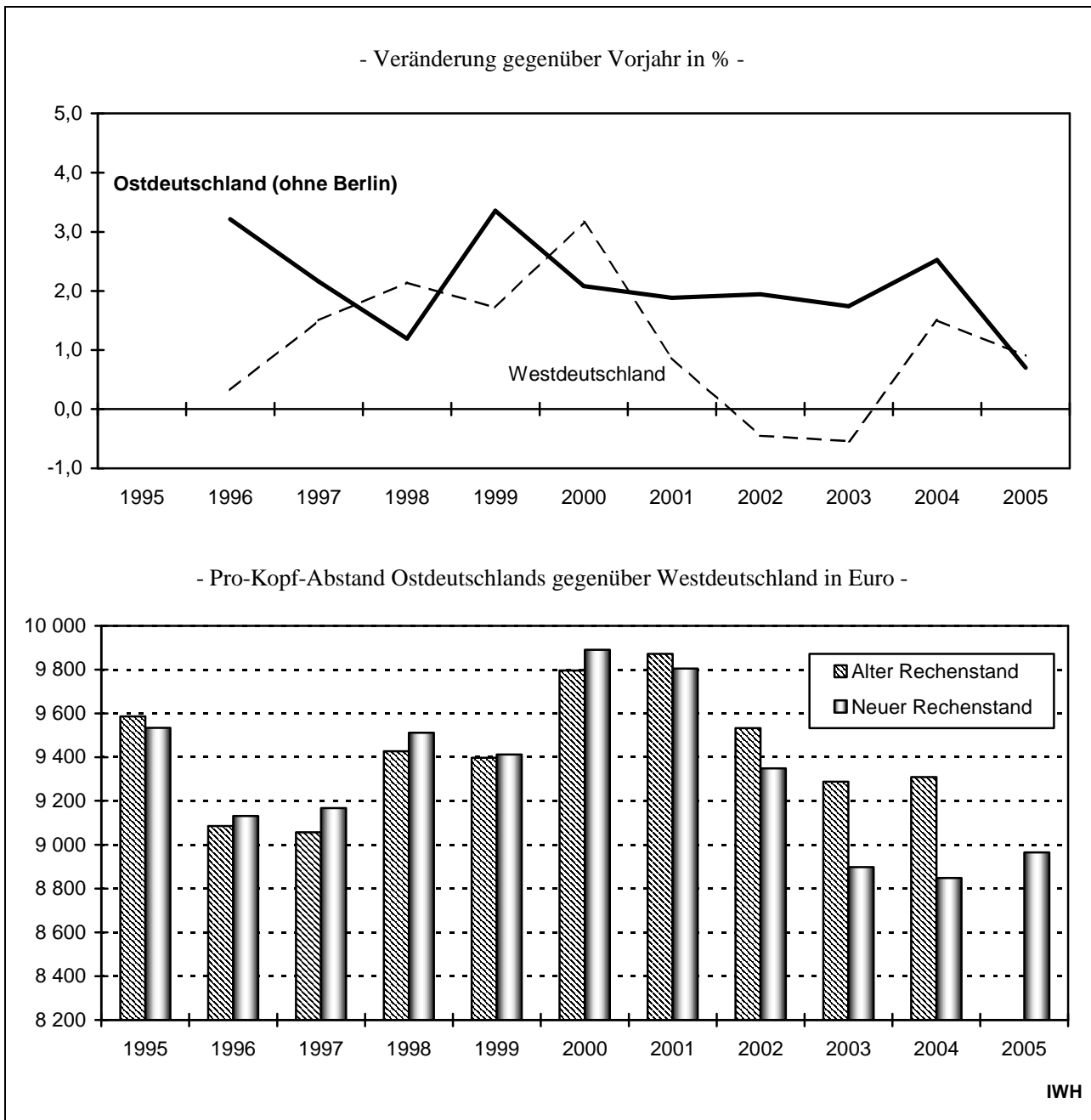
umso stärker Geltung. Vom Baugewerbe ging damit wieder eine ausgeprägte Bremswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Produktion aus. In den drei Jahren davor hatte sie sich deutlich vermindert und damit den Auftriebskräften in der Gesamtwirtschaft stärker zum Durchbruch verholfen (vgl. Tabelle 2).

In den neuen Bundesländern hat sich das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2002 und 2004 nicht nur stärker erhöht als vor der Revision der Daten bekannt war. Der Zuwachs war auch prozentual kräftiger als in den alten Bundesländern (vgl. Abbildung 2). In der konjunkturellen Schwächephase Deutschlands hat sich damit die Produktion in den neuen Bundesländern robuster erwiesen als in den alten. Vor allem die Sonderentwicklung im ostdeutschen Baugewerbe dürfte die Konjunkturree-

gibilität in anderen Wirtschaftsbereichen überlagert haben.

Schließlich wirkt sich der Nachweis eines höheren Produktionsanstiegs in den neuen Bundesländern auch auf die Höhe des Abstands in der Pro-Kopf-Produktion zwischen Ost und West aus. Nach den revidierten Angaben hat sich der Rückstand der neuen Länder in den Jahren 2002 bis 2004 deutlich verringert, nachdem sich die Schere in den Jahren 1998 und 2000 wieder weit geöffnet hatte (vgl. Abbildung 2 unten). Im Jahr 2004 entfielen im Durchschnitt auf einen Einwohner real rund 18 285 Euro Produktion; das waren 8 849 Euro weniger als in den alten Bundesländern. Dies entsprach rund zwei Drittel des Westniveaus. Zur Verkürzung des Abstandes hat auch der Bevölkerungsrückgang beigetragen. Entscheidend war je-

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Ost- und Westdeutschland



Quellen: Arbeitskreis "VGR der Länder"; Berechnungen des IWH.

doch der Produktionszuwachs, der von einer Erwerbsbevölkerung erwirtschaftet wurde, die unter dem Einfluß geburtenschwacher Jahrgänge und zunehmender Abwanderung gesunken ist.

Die neuen Angaben zu den regionalen Größen des Bruttoinlandsprodukts sind gerade für die jüngsten Jahre noch nicht „das letzte Wort“ der amtlichen Statistik. Es bleibt zu hoffen, daß die später anfallenden Ergebnisse der Originärberechnung kei-

nen Anlaß geben werden, das Produktions- und Wachstumsbild für die neuen Bundesländer erneut einer grundlegenden Revision unterwerfen zu müssen.

Udo.Ludwig@iwh-halle.de

IWH-Industrienumfrage im März 2006: Hochstimmung hält an

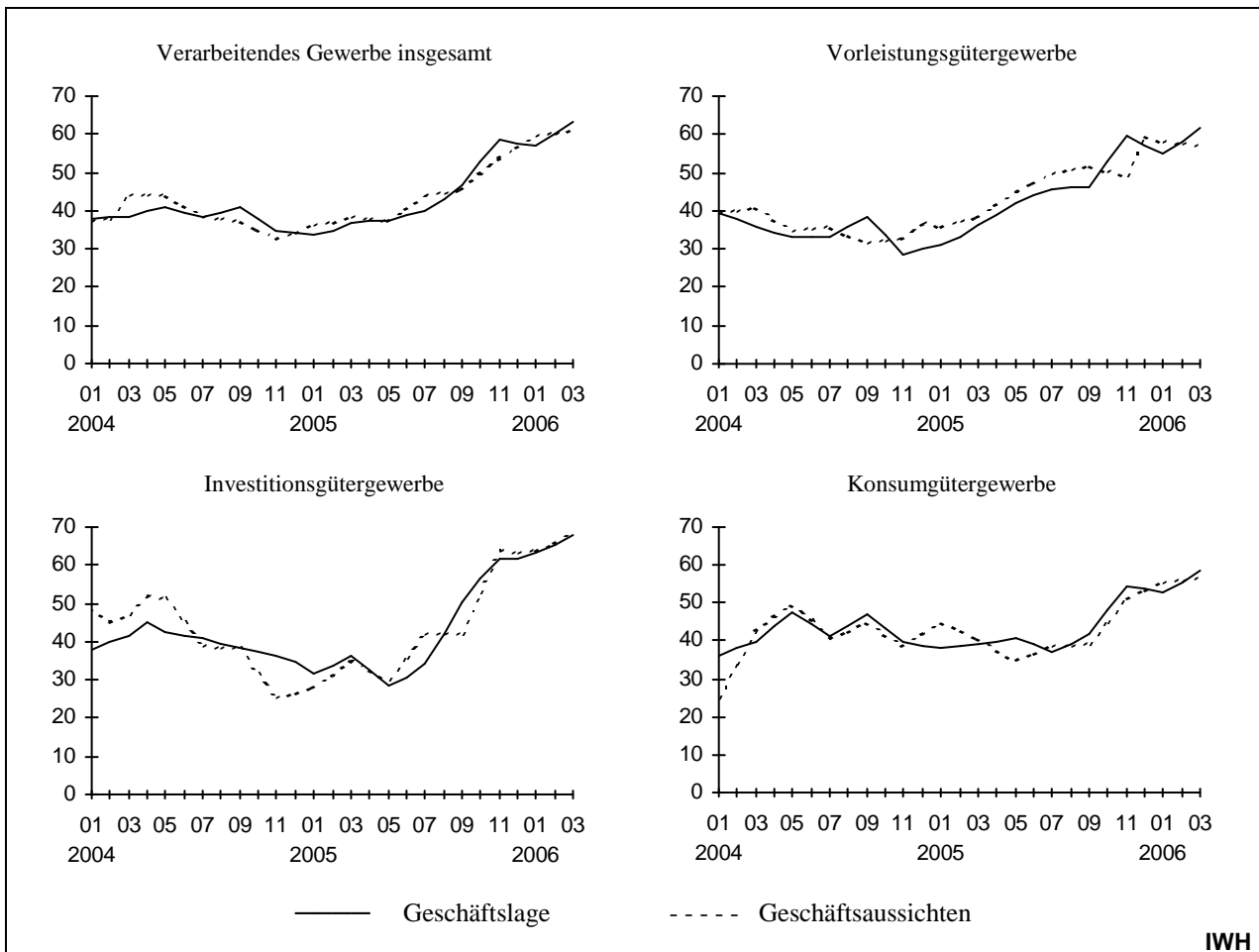
Im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe haben am Ende des ersten Quartals 2006 die Auftriebskräfte weiter die Oberhand, wie die IWH-Befragung unter rund 300 Industrieunternehmen signalisiert. Die seit geraumer Zeit anhaltende Erwärmung des Geschäftsklimas setzte sich auch im März fort. Sowohl die Einschätzungen zur Geschäftslage als auch zu den Geschäftsaussichten haben sich im Vergleich zur Vorperiode verbessert, das Geschäftsklima übertrifft die optimistischen Urteile vom Januar deutlich (vgl. Tabelle). Die seit einigen Monaten von den Unternehmen geäußerte Zuversicht in den Geschäftsaussichten ist zum einen in der Lagebewertung „angekommen“, und befindet sich zum anderen gegenwärtig auf einem Fünf-Jahres-Hoch.

Die saisonbereinigten Daten signalisieren eine Kräftigung des konjunkturellen Aufschwungs in der Industrie (vgl. Abbildung). Unter Ausschluß der jahreszeitlichen Einflüsse legte der Saldo der positiven und negativen Meldungen zur *Geschäftslage* zu. Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt ist damit innerhalb der letzten zwölf Monate ein nahezu ungebrochener Aufwärtstrend erkennbar. Die *Geschäftsaussichten* zeigen dieselbe Tendenz.

In den fachlichen Hauptgruppen hat sich im Vergleich zur Vorperiode die Geschäftslage bei allen positiv entwickelt. Ein differenziertes Bild ergibt sich bei den Geschäftsaussichten.

Gespeist wird die Verbesserung bei der Lageeinschätzung besonders durch die Vorleistungs-

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Periodische Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

güterproduzenten. Positive Impulse kommen vor allem von der metallverarbeitenden Industrie, der Chemischen Industrie und den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren. Die Baustoffzulieferer beurteilen die Lage nach wie vor eher negativ. Die Aussichten im Vorleistungsgütergewerbe insgesamt verharren – nach einer kräftigen Aufwärtsbewegung am Ende des letzten Jahres – auf dem gegenwärtig erreichten hohen Niveau.

Eine analoge Entwicklung vollzogen die Produzenten von Ge- und Verbrauchsgütern. Die Lage verbesserte sich ähnlich kräftig. Dies resultierte aber hauptsächlich aus einer Belebung des Konsums außerhalb des Nahrungsgütersektors. Letzterer weist eine etwas gedämpftere Geschäftslage aus.

Aber die Aussichten sind auch hier deutlich aufwärts gerichtet.

Die Investitionsgüterproduzenten zeichnen ein generell positives Bild. Die Lage verbesserte sich zwar nicht ganz so stark wie bei den oben genannten Hauptgruppen, bei der Einschätzung der Geschäftsaussichten sind die befragten Unternehmen aber ausgesprochen zuversichtlich. So vermeiden besonders die Produzenten von Büro- und Datenverarbeitungsmaschinen und der Fahrzeugbau gute Aussichten bis zum Spätsommer.

Cornelia.Lang@iwh-halle.de

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand März 2006 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mrz. 05	Jan. 06	Mrz. 06	Mrz. 05	Jan. 06	Mrz. 06	Mrz. 05	Jan. 06	Mrz. 06	Mrz. 05	Jan. 06	Mrz. 06	Mrz. 05	Jan. 06	Mrz. 06
in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a															
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	22	30	34	46	46	46	26	21	17	6	3	3	35	53	61
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	17	33	28	52	44	54	22	19	13	9	4	5	39	53	64
Investitionsgüter	19	30	44	46	50	36	31	19	20	4	1	0	30	60	61
Ge- und Verbrauchsgüter	29	26	31	39	47	46	28	24	21	4	4	2	36	45	55
dar.: Nahrungsgüter	33	25	29	35	48	40	27	26	29	5	1	2	35	45	38
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	15	17	22	42	45	39	34	28	30	9	10	9	14	24	22
50 bis 249 Beschäftigte	20	31	32	50	48	51	23	19	15	7	2	2	39	58	66
250 und mehr Beschäftigte	35	36	48	42	47	44	23	17	8	0	0	0	54	67	85
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	18	30	29	54	51	54	25	17	15	3	2	2	44	63	66
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	13	29	32	63	54	53	20	14	13	4	2	2	52	67	70
Investitionsgüter	16	31	33	50	53	50	31	16	17	3	0	0	32	68	66
Ge- und Verbrauchsgüter	25	32	20	48	44	61	25	21	15	2	3	4	46	52	61
dar.: Nahrungsgüter	27	31	15	44	43	67	26	20	12	3	6	6	43	48	65
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	11	20	22	52	47	48	31	29	25	5	4	5	27	34	40
50 bis 249 Beschäftigte	17	33	26	57	52	60	23	13	12	3	2	2	48	71	72
250 und mehr Beschäftigte	27	31	44	50	55	46	23	14	10	0	0	0	54	72	79

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für März 2006 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepaßt.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigungen:

“1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop - HEPAW”

Am 20. und 21. Juni 2006 wird das IWH gemeinsam mit dem Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) einen Workshop zu den Themen Effizienz- und Produktivitätsanalysen, den “1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop - HEPAW” veranstalten. Ziel des Workshops ist die Diskussion aktueller theoretischer und empirischer Forschungsergebnisse der Produktivitäts- und Effizienzmessung aus den Disziplinen Volkswirtschaftslehre, Agrarökonomik, Betriebswirtschaftslehre, Operations Research und verwandten Gebieten. Dazu werden theoretische und empirische Arbeiten aus den Anwendungsfeldern Agrarwirtschaft, Regulierung, Gesundheitsökonomik, Produktionstheorie, Umweltökonomik, Staat und Industrie vorgestellt.

Der Workshop soll insbesondere dazu dienen, die Gemeinschaft der deutschen Produktivitätsforschung zusammenzubringen, ist aber selbstverständlich für alle Interessierten geöffnet.

Als Keynote Speaker konnten die international ausgewiesenen Wissenschaftler Prof. Tim Coelli, University of Queensland, und Prof. Subal Kumbhakar, Binghamton University, gewonnen werden.

Die Veranstaltungsausschreibung, Details zum Workshop und weitere Informationen sind unter <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop200606/info.htm> zu entnehmen.

Workshop „Monetary and Financial Economics”

Das IWH organisiert gemeinsam mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie dem Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank den Workshop „Monetary and Financial Economics”. Die Veranstaltung findet in Halle am 29. und 30. Juni 2006 nunmehr in vierter Auflage statt. Der Workshop bietet ein Forum für Nachwuchswissenschaftler, eigene Forschungsarbeiten aus allen Bereichen der monetären Ökonomik einem kompetenten Auditorium zur Diskussion zu stellen.

Durchgeführte Veranstaltungen:

EU-STREP Kick-off Conference: "Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging European Union"

Am IWH wurde am 7. und 8. März 2006 die Eröffnungskonferenz für ein neu eingeworbenes EU-Antragsprojekt durchgeführt. Insgesamt diskutierten 30 Wissenschaftler aus West- und Osteuropa, USA und Japan über die Implikationen des Übergangs zu einer wissensbasierten Wirtschaft in Europa.

Das Projekt mit dem Titel "Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging European Union" startete im März 2006, hat eine Laufzeit von 3 Jahren und mobilisiert ein Budget von knapp 2 Mio. Euro.

Nähere Informationen zu dem Projekt finden sich unter: <http://www.iwh-halle.de/projects/uknow/index.html>

Personalien:

Am 24. März 2006 wurde Herrn Professor Jean Marie Dufour PhD in Bamberg der Konrad-Adenauer-Forschungspreis 2005 der Alexander-von-Humboldt-Stiftung überreicht. Die Alexander-von-Humboldt-Stiftung lädt jedes Jahr Nachwuchswissenschaftler und Spitzenforscher nach Deutschland ein. Zum Kreis der Alumni zählen allein mehr als 40 Nobelpreisträger.

Dieser Preis wurde Professor Jean Marie Dufour, Inhaber eines Lehrstuhls für Ökonometrie an der Universität Montreal, Kanada, für seinen Beitrag zur theoretischen und methodologischen Entwicklung der Ökonometrie auf dem Gebiet der Makroökonomik und Finanzen, für sein Engagement als Autor und Ko-Autor in renommierten internationalen Journals sowie seinen Beitrag als Förderer der internationalen wissenschaftlichen Kooperation verliehen.

Die Preisverleihung geht auf die gemeinsame Initiative des IWH, der Universität Montreal und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zurück. Sie ermöglicht es, Prof. Dufour in den kommenden zwei Jahren regelmäßige Forschungsaufenthalte am IWH wahrzunehmen.